



wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

Fragen und Standpunkte der Fraktionen zu den Wahlen der Österreichischen HochschülerInnenschaft vom 19. bis 21. Mai 2015.

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Fraktionen und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

Berücksichtigte Fraktionen

Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur Wahl zur Österreichischen HochschülerInnenschaft wurden wahlwerbende Gruppen eingeladen, die zumindest an sechs Universitäten kandidieren. Dies stellt auch die Grenze für den Zusammenschluss für Listenverbände nach §35a (5) HSG (HochschülerInnenschaftsgesetz) dar.

Eine formelle Nennung der Fraktionen erfolgte von Seiten der Bundesvertretung der ÖH. Folgende Fraktionen konnten somit in der Applikation berücksichtigt werden:

- AG
- GRAS
- FLÖ
- VSStÖ
- JUNOS
- RFS
- KSV
- KSV - Linke Liste
- FEST

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf www.wahlkabine.at

1. Sollen Studienvertretungen bei der Entwicklung des Lehrveranstaltungsangebots größere Mitsprache erhalten?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
Wir als AktionsGemeinschaft stellen den Anspruch, auf allen Entscheidungsebenen Einfluss auf Entscheidungen im Sinne der Studierenden zu nehmen. Deshalb setzen wir uns natürlich für mehr Mitsprache der Studierendenvertretung beim LV-Angebot ein.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Für selbstbestimmtes Studieren ist es essentiell, dass Studierende aus einem vielfältigen Lehrangebot wählen und dessen Inhalte auch aktiv mitgestalten können.		
FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Für qualitativ hochwertige Studienpläne ist es essentiell, die Studierenden und ihre Erfahrungswerte in die Entwicklungen selbiger einzubeziehen.		
VStStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende wissen am besten, ob ein Studienplan studierbar ist, oder nicht, welche Lehrveranstaltung besonders nachgefragt, oder von den Studierenden verlangt wird, und müssen daher wichtiger Bestandteil der Lehrplanentwicklung sein.		
JUNOS	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende sollen auf allen Ebenen stärker miteingebunden werden und mitbestimmen dürfen.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
--		
KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Seit dem UG 2002 sind die Mitspracherechte der Studierenden im Gesamten auf ein Minimum geschrumpft. Wir sprechen uns auch und vor allem im Bereich der Bildungsinhalte für vermehrte Einbeziehung der Studierenden aus.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Die universitäre Demokratie wurde in den letzten Jahrzehnten weitgehend abgeschafft. Autoritäre Managementstrukturen dominieren das Hochschulsystem. Kritische Lehrinhalte müssen wieder Platz finden. Wir sprechen uns daher für eine radikale (Re-)Demokratisierung aus.		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende sollen als größte Gruppe an den Hochschulen jedenfalls Mitsprache bei der Gestaltung ihres Studiums haben. Gerade Studierende wissen aus eigener Erfahrung welche Inhalte im Studium fehlen.		

2. Soll sich die ÖH für strengere Sanktionen im Falle von Plagiaten bei Seminar- und Bachelorarbeiten einsetzen?

AG	Nein	■
Als Interessenvertretungen für Studierende darf es nicht der Fall sein, dass wir für stärkere Sanktionen auftreten. Vielmehr sollte es hier präventiv für jeden Studierenden schon während des Schreibens möglich sein, seine Abschlussarbeiten mit einem Plagiatscheck auf mögliche Plagiate zu checken.		
GRAS	Nein	■
Hier gilt es zu differenzieren. Durch die mangelhafte Lehrplangestaltung fühlen sich viele Studierende beim wissenschaftlichen Arbeiten unsicher. Anstelle von Sanktionen soll wissenschaftliche Praxis frühzeitig und fundiert im Rahmen von Seminaren vermittelt werden.		
FLÖ	Nein	■ ■
In diesen Arbeiten wird das richtige Zitieren gelernt und geübt. Dabei sollen Fehler passieren dürfen. Diese sollen transparent in der Benotung einfließen, jedoch nicht zu rechtlichen Sanktionen führen.		
VStStÖ	Nein	■ ■ ■
Studierende müssen eine bessere Vorbereitung auf das wissenschaftliche Arbeiten bekommen. Es soll schon von Studienbeginn an in den Curricula verankert werden. Als VStStÖ wollen wir auf der ÖH Studierenden einen Plagiatscheck anbieten, um größere Sicherheit vor der Abgabe von Arbeiten zu bieten.		
JUNOS	Nein	■
Plagiate sind eine ernste Angelegenheit, sollten jedoch nicht vorrangig mit Abschreckung durch Sanktionen, sondern durch Bewusstseinsbildung verhindert werden.		
RFS	Ja	■ ■ ■
--		
KSV	Nein	■
Die Aufgabe der ÖH ist die Vertretung der Interessen der Studierenden und darauf sollte sie sich konzentrieren. Strengere Sanktionen im Falle von Plagiaten bei Seminararbeiten gehören dazu unserer Ansicht nach nicht.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■
Repressionen und Sanktionsandrohungen sind keine Lösung für den Qualitätsverlust der Hochschullehre – viel mehr braucht es wieder Zeit und Raum für selbstbestimmtes und gemeinsames Lernen!		
FEST	Nein	■
Seminar- und Bachelorarbeiten sind eine Möglichkeit für Studierende, wissenschaftliches Arbeiten zu erlernen. Härtere Sanktionen wirken dem Lernen entgegen. Es muss Raum für Fehler geben.		










3. Soll die Studieneingangs- und Orientierungsphase (StEOP) in der derzeitigen Form abgeschafft werden?

AG	Ja	■ ■ ■
Die STEOP darf nicht zur nachgelagerten Selektion der Studierenden dienen. Vielmehr soll sie den Studierenden einen Überblick über die Teilbereiche des Studiums geben und ihnen eine Orientierungshilfe in diesem neuen Lebensabschnitt bieten. Deshalb ist die STEOP in ihrer derzeitigen Form abzulehnen.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Die StEOP bietet keinerlei Orientierung sondern stellt eine knallharte Form der Zugangsbeschränkung dar.		
FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Knock-Out und Studienausschluss haben mit Orientierung nichts zu tun. Es muss vor dem Studium ausreichend Möglichkeiten geben, das passende Studium oder eine Alternative herauszufinden.		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Die jetzige StEOP dient nur dazu, Studierende mittels Knock-Out-Prüfungen aus dem Studium zu kicken. Daher hat der VSStÖ ein Modell erarbeitet, das eine echte Studienorientierung sicherstellt und vor allem bei Information ansetzt: wahl.vsstoe.at/orientierung		
JUNOS	Ja	■ ■ ■ ■
Die StEOP ist aktuell in vielen Fällen nichts anderes als eine versteckte Aufnahmeprüfung, durch die Studierende oft Semester verlieren. Ziel muss sein bereits vor Studienbeginn genug Informationen bereitzustellen, um eine Orientierung zu ermöglichen.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
Die "Studieneingangs- und Orientierungsphase" - ein Euphemismus - will die hohe Zahl der Studienbeginner verringern. Viel mehr gehört das Niveau der Matura gehoben als durch Einführungsprüfungen "auszusieben".		
KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Die StEOP stellt in der derzeitigen Form eine Zugangsbeschränkung dar. Sie gibt kaum einen tatsächlichen Einblick in das weitere Studium und führt in unzähligen Fällen zu einer Verzögerung des Studienerfolges mit drastischen finanziellen Problemen als Folge.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Die gegenwärtige Konzeption des Studieneinstiegs ist nichts weiter als ein Instrument der Verschulung und der sozialen Diskriminierung. Wir fordern einen wirklich offenen Zugang zu den Hochschulen, der den Interessierten größtmögliche Orientierung und inhaltliche Freiheit bietet.		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
Die STEOP ist eine reine Knock-Out Phase. Die verminderten Prüfungsantritte führen oft zum Verlust von Beihilfen und behindern den Studienfortschritt. Orientierung bedeutet die Möglichkeit zu haben sanktionsfrei verschiedene Studiengänge bzw das Studieren kennen zu lernen.		

4. Sollen FH-Studierende nach Nicht-Bestehen eines letzten (kommissionellen) Prüfungsantritts regulär und ohne Wiederholung eines ganzen Studienjahres weiterstudieren können?

AG	Ja	■ ■ ■
<p>Prüfungstermine an österreichischen Fachhochschulen müssen so gestaltet sein, dass - nach einem nicht bestandenen letzten Prüfungsantritt - der Studierende das Recht hat, sein Studium fortzusetzen. Studienjahrwiederholungen müssen von einem unabhängigen Gremium bewilligt werden.</p>		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
<p>In so gut wie allen FH-Studiengängen wäre eine reguläre Fortsetzung einfach zu ermöglichen: Die Lehrveranstaltung kann im kommenden Studienjahr wiederholt werden. Dieses "schulische Zurückstufen" kostet FH-Studierenden völlig unnötig Lebenszeit und oft auch den Verlust von Beihilfen.</p>		
FLÖ	Ja	■ ■ ■
<p>Es soll FH-Studierenden ermöglicht werden, Prüfungen wie Uni-Studierende zu wiederholen - ohne verpflichtendes Wiederholungsjahr. Positiv abgelegte Prüfungen sollen als solche anerkannt bleiben. Studierende sollen nicht mit "Ehrenrunden" schikaniert werden, sondern regulär weiter studieren können.</p>		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>FH Studierende sind immer noch hinsichtlich ihrer Rechtsansprüche gegenüber den Uni-Studierenden wesentlich schlechter gestellt. Die aktuelle Regelung des Wiederholungsjahrs ist von Willkür gespickt. Daher braucht es eine gerechte Regulierung die auch eine tatsächliche Rechtssicherheit schafft.</p>		
JUNOS	Nein	■
<p>FH-Studierende sollten lieber einen zusätzlichen Prüfungsantritt (dritte Wiederholung) zugesprochen bekommen und einen Rechtsanspruch auf ein Wiederholungsjahr bekommen.</p>		
RFS	Nein	■ ■ ■
<p>--</p>		
KSV	Ja	■ ■ ■
<p>Eine genaue Regelung ist Sache der Fachhochschulen, für uns ist ein Wiederholungsjahr nach nicht bestandener Prüfung eine unnötige Studienverzögerung.</p>		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Wir fordern unbegrenzte Wiederholungsmöglichkeiten! Wegen einzelner Fächer oder der Willkür einzelner Lehrender sollte keine Person ihr Studium schmeißen müssen. Für selbstbestimmtes Lernen!</p>		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Die Studienjahrwiederholung stellt eine zweite Chance dar, die nicht nur FH Studierenden offen stehen soll, jedoch führt die Wiederholung des gesamten Jahres oft zum Verlust von Beihilfen und ist mit hohen Kosten verbunden, daher braucht es mehr Flexibilität und einen vierten Prüfungsantritt für alle.</p>		

5. Soll sich die ÖH für klare Mietzinsobergrenzen für Altbau-Mietwohnungen einsetzen?

AG	Nein	
Die Mieten für Studierende könnte man reduzieren, indem auch öffentlicher Wohnraum (bspw. Gemeindewohnungen) für WGs zugänglich gemacht werden.		
GRAS	Ja	
Ja, aber nicht nur für Altbauwohnungen. Studierende treffen steigende Mietpreise besonders hart, da sie hinsichtlich ihres Wohnortes nicht flexibel sind.		
FLÖ	Ja	
Die bisherigen Regelungen sind intransparent und wenig praktikabel. MieterInnen von Altbau-Mietwohnungen genießen momentan fast keinen Schutz vor ausufernden Zulageforderungen. Eine Aushebelung der gesetzlichen Richtlinien muss verhindert werden.		
VStStÖ	Ja	
Durch die stark steigenden Mietpreise wird es für Studierende immer schwieriger, sich Wohnraum zu leisten. Aus diesem Grund setzt sich der VStStÖ für eine gesetzlich geregelte Mietzinsobergrenze, sowohl für Alt- als auch für Neubau-Mietwohnungen, ein: wahl.vsstoe.at/wohnen		
JUNOS	Nein	
Ein derartiger Schritt würde die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen. Mehr Angebot und somit niedrigere Preise, können nur durch ein liberaleres Mietrecht und Investitionen in studentisches Wohnen erzielt werden. Gerade in Gemeindebauten muss mehr Rücksicht auf junge Menschen genommen werden.		
RFS	Nein	
--		
KSV	Ja	
Die ÖH soll und muss sich für Mietzinsobergrenzen einsetzen, wenn sie ihren Auftrag als Interessenvertretung von Studierenden wahrnehmen will. Wohnen muss leistbar sein.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Bis zur Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnissen durch eine vernünftig und solidarisch eingerichtete Gesellschaft fordern wir die Einführung allgemeiner Mietzinsobergrenzen (für alle Wohnungen) und die extensive Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus. Expropriatiert die Expropriateure! ;-)		
FEST	Ja	
Wohnen stellt den größten Anteil der finanziellen Ausgaben von Studierenden dar. Es braucht ausreichend leistbaren Wohnraum für Studierende in der Umgebung der Hochschulen.		










6. Soll sich die ÖH für einen kostenfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen?

AG	Nein	■ ■ ■
Es handelt sich hier um ein Thema, das nichts mit studentischen Interessen zu tun hat. Die ÖH soll sich für Studierende einsetzen, nicht für ideologische Gesellschaftspolitik.		
GRAS	Ja	■ ■ ■
Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet auch Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Gerade in solchen Notsituationen müssen Frauen unterstützt werden.		
FLÖ	Nein	■
Der kostenfreie Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist ein allgemeinpolitisch wichtiges Thema, aber das aktive Einsetzen für eine entsprechende Regelung fällt nicht in die Aufgaben der ÖH.		
VStÖ	Ja	■ ■ ■
Wir sehen die Hochschulen nicht isoliert von gesellschaftspolitischen Problemen. Schwangerschaftsabbruch ist Frauenrecht. Im Moment ist dieser mit hohen Kosten verbunden. Gerade das Budget von Studentinnen ist beschränkt. Deshalb muss sich die ÖH für kostenfreien Schwangerschaftsabbruch einsetzen.		
JUNOS	Nein	■
Unabhängig von inhaltlicher Positionierung sehen wir hierin nicht die Aufgabe der ÖH. In bereits laufenden Diskussionen auf besondere Umstände von Studentinnen hinzuweisen ist aber natürlich legitim.		
RFS	Nein	■
Die ÖH hat Servicepolitik im Sinne des akademischen Studiums zu betreiben. Darunter fällt definitiv nicht das Angebot kostenfreier Schwangerschaftsabbrüche.		
KSV	Ja	■ ■ ■
Wenn sich eine Frau dafür entscheidet, kein Kind zu bekommen, darf diese Entscheidung nicht aufgrund von finanziellen Möglichkeiten verhindert werden.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Die ÖH muss ihr allgemeinpolitisches Mandat nutzen: Abtreibung ist Frauenrecht - Wir fordern die Herausnahme des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetz und die kostenlose Abtreibung auf Krankenschein.		
FEST	Ja	■
Das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper darf nicht abhängig von den Kosten eines medizinischen Eingriffs sein.		

7. Soll sich die ÖH für bauliche wie rechtliche Änderungen für ein uneingeschränkt barrierefreies Studieren einsetzen?

AG	Ja	■ ■ ■
Die Aktionsgemeinschaft fordert, dass die Hochschule barrierefrei sein soll, sodass jedem der Zugang und die Benützung des Gebäudes ohne Probleme möglich ist. Zudem müssen diese Zugänge besser kenntlich gemacht werden.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Nicht nur körperlich, sondern auch psychisch beeinträchtigten Studierenden muss ein freier, barrierefreier Zugang zur Hochschule ermöglicht werden.		
FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Gerade alte Hochschulbauten sind heute häufig noch immer nicht barrierefrei. Dies sollte dringend geändert werden, um allen Studierenden die Teilnahme an Lehrveranstaltungen zu ermöglichen. Barrierefreies Studieren endet hier aber nicht: alle Ebenen des Studiums müssen angepasst werden.		
VStStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende mit Beeinträchtigungen sind im Hochschulsystem strukturell benachteiligt. Die ÖH muss sich für einen inklusiven Hochschulraum einsetzen. Der VStStÖ setzt sich für die Schaffung von Rahmenbedingungen ein, die Studierenden mit Beeinträchtigungen ein tatsächliches Studieren ermöglichen.		
JUNOS	Ja	■ ■ ■ ■
Niemand soll aufgrund besonderer Bedürfnisse von Hochschulen ausgeschlossen sein. Dabei gilt es nicht nur auf Studierende mit eingeschränkter Mobilität Rücksicht zu nehmen, sondern auf alle Formen der Einschränkung (z.B. Gehörlose oder Blinde).		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
--		
KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Selbstverständlich. Viel zu oft ist man hier noch hinten nach und verwehrt somit Menschen den Zugang zum Studium. Selbst bei der ÖH besteht hier noch einiges an Handlungsbedarf.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Manchmal sind Barrieren/Barrikaden sinnvoll - beispielsweise gegen Naziaufmärsche. Im Bildungssystem stellen sie jedoch ein Instrument zur Diskriminierung gesellschaftlich benachteiligter Gruppen dar, die abzuschaffen ist. Alle, die studieren wollen, müssen die Möglichkeit dazu haben!		
FEST	Ja	■ ■ ■
Studieren muss für alle möglich sein ohne physische oder sonstige Barrieren. Da uns dieses Thema ein großes Anliegen ist, haben wir an der Einrichtung eines eigenen Referats für Barrierefreiheit an der ÖH Bundesvertretung mitgewirkt.		

8. Soll sich die ÖH für ein studentisches Grundeinkommen in der Höhe von monatlich mindestens 1000,- Euro einsetzen?

AG	Nein	
Allen Studierenden sollte gewährleistet werden, dass sie finanziell die Möglichkeit haben, ein Vollzeitstudium zu absolvieren. Dies kann mit Hilfe von Änderungen des Beihilfensystems erfolgen.		
GRAS	Ja	
Studierende sollen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern handeln können. Ein Grundeinkommen sichert Studierende ab, sodass sie sich voll und ganz auf ihr Studium konzentrieren können und gleicht nebenbei soziale Unterschiede aus.		
FLÖ	Nein	
Das mangelhafte Stipendiensystem gehört reformiert und an die tatsächlichen Bedürfnisse der Studierenden angepasst. Ein studentisches Grundeinkommen in dieser Höhe ist keine ausreichend reflektierte Lösung.		
VSStÖ	Nein	
Langfristig fordert der VSStÖ ein Grundeinkommen für alle, das existenzsichernd wirkt. Wir haben ein umfassendes Modell für ein Beihilfensystem erarbeitet, welches Studieren unabhängig vom Geldbörserl der Eltern ermöglichen soll. Der Richtwert ist die Mindestsicherung: wahl.vsstoe.at/beihilfen		
JUNOS	Nein	
Wir fordern eine Reform des Beihilfen- und Stipendiensystems für Studierende, damit diese mindestens gleich gut unterstützt werden wie alle anderen BürgerInnen. Geldverteilung nach dem Gießkannen-Prinzip erachten wir jedoch weder als sinnvoll noch fair.		
RFS	Nein	
Wir leben in keinem kommunistischen System: Leistung muss sich lohnen!		
KSV	Nein	
Wir sprechen uns gegen ein studentisches Grundeinkommen in der (willkürlich) gewählten Höhe von 1000€ aus. Vielmehr fordern wir ein kostenfreies Studium. Das bedeutet allen Studierenden sollen Bücher, Skripten etc., Studiheimplatz, Mensaessen, öffentlicher Verkehr etc. kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Studierende sind derzeit eine sozial benachteiligte Gruppe, die besonders unter Prekarisierung und Leistungsterror leidet. Die bestehende Armutsgefährdung vieler Menschen muss ein Ende haben: Für eine Gesellschaft, in der alle über ihre Verhältnisse leben können!		
FEST	Ja	
Über 80% der Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten um sich ihr Leben zu finanzieren. Alle Studierenden sollen die gleichen Voraussetzungen für das Studium haben, unabhängig vom Einkommen der Angehörigen. Skandinavische Länder sind hier ein Vorbild.		







9. Soll sich die ÖH für das Verbot unbezahlter Praktika einsetzen?

AG	Ja	<input type="checkbox"/>
Wer arbeitet, soll dafür auch gerecht entlohnt werden! Die AG fordert aus diesem Grund, eine gerechte Entlohnung für alle Praktika, damit die Existenzgrundlage beispielsweise auch während eines Pflichtpraktikums bestehen bleibt.		
GRAS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Arbeit muss gerecht entlohnt werden und darf nicht unter dem Deckmantel „Praktikum“, zu Ausbeutung führen.		
FLÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Praktika sollten in die Kollektivverträge aufgenommen werden. Wenn erwartet wird, dass beim Berufseinstieg bereits Praxiserfahrung in Form von Praktika erbracht wurde, dann muss auch die Arbeit von PraktikantInnen angemessen honoriert werden.		
VSStÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Knapp die Hälfte aller Studierenden absolviert im Laufe des Studiums ein Praktikum. Meist werden Studierende nicht bezahlt und zudem weder kranken- noch sozialversichert. Der VSStÖ fordert daher eine arbeitsrechtliche Absicherung von Praktika und eine kollektivvertragliche Entlohnung.		
JUNOS	Nein	<input type="checkbox"/>
Ein generelles Verbot lehnen wir ab, da gerade im Kunst- und Sozialbereich oft das Geld fehlt. Durch ein Verbot würden Studierenden gar keine Möglichkeit mehr haben, hier Erfahrung zu sammeln. Die ÖH sollte aber speziell auf den staatlichen Bereich und Großbetriebe Druck aufbauen, damit fair bezahlt wird.		
RFS	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Der Wert eines Praktikums liegt in der Möglichkeit, berufliche Erfahrungen zu sammeln. Ein Verbot unbezahlter Praktika würde nur das Ausmaß der angebotenen Praktikumsstellen erheblich verringern.		
KSV	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Selbst bezahlte Praktika sind zu einem großen Teil völlig unterbezahlt. Wir sprechen uns vehement gegen jegliche Form von Ausbeutung aus auch und vor allem unter dem Banner des Praktikums!		
KSV - Linke Liste	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Praktika dienen derzeit oft der Ausbeutung von Studierenden durch Privatunternehmen. Arbeit muss auch in der bestehenden Gesellschaftsordnung bezahlt werden. Bei Institution ohne entsprechende Mittel würde eben auch ein staatliches Studierendengehalt eine Lösung sein.		
FEST	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Es ist eine Unart, dass potenzielle Arbeitsstellen von Studierenden unter dem Deckmantel der Ausbildung unbezahlte Arbeit verlangen und davon profitieren!		










10. Soll es in stark nachgefragten Studiengängen vor dem ersten Semester Eignungstests geben?

AG	Ja	■ ■ ■
Wer studiert, soll auch optimale Bedingungen auf seiner Hochschule vorfinden. Daher stehen wir für faire und transparente Zugangsregelungen vor Studienbeginn in jenen Studienrichtungen, in denen es notwendig ist. Langfristig soll es für jeden, der studieren will, einen Studienplatz geben.		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Es gibt keine fairen Eignungstests und keine allgemeingültigen Kriterien für eine Eignung zum Studium. Hochschulen gehören ausfinanziert und nicht zugangsbeschränkt.		
FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Wir sprechen uns seit jeher gegen Zugangsbeschränkungen aus und fordern auch weiterhin den Erhalt des offenen Hochschulzugangs. Kapazitätsengpässe müssen durch einen Ausbau der Studienplätze behoben, Modeströmungen mit umfassender Beratung begegnet werden.		
VStÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Eignungstests sind nicht geeignet, das passende Studium zu erkennen, und lösen das Platzproblem nicht. Wir setzen uns für bessere Beratung in der Schule und eine echte Orientierungsphase ein, um die Studienwahl zu erleichtern und für eine Ausfinanzierung der Hochschulen um das Platzproblem zu lösen.		
JUNOS	Ja	■ ■ ■ ■
Überfüllte Studiengänge werden immer versuchen, die Studierendenzahlen an die tatsächlichen Kapazitäten anzugleichen. Transparente, faire Aufnahmeverfahren halten wir für fairer als Knock-Out-Prüfungen nach mehreren Semestern.		
RFS	Nein	■ ■ ■ ■
Grundsätzlich sollte die Matura die allgemeine Berechtigung für den Hochschulzugang, d.h. zu allen Studiengängen, darstellen. Ihr Niveau gehört gehoben, um der Flut an Studenten Herr zu werden.		
KSV	Nein	■ ■ ■ ■
Die Hochschulen müssen endlich ausfinanziert werden. Zugangsbeschränkungen in Form von StEOP oder Eignungstests a'la Med Uni sind für uns keine Lösung sondern viel mehr Teil des Problems und dienen der sozialen Selektion.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Die gegenwärtige Konzeption des Studieneinstiegs ist nichts weiter als ein Instrument der Verschulung und der sozialen Diskriminierung. Stark nachgefragte Studiengänge müssen entsprechend finanziert werden.		
FEST	Nein	■ ■ ■ ■
Es gibt keine Tests, die tatsächlich die Eignung feststellen. Um stark nachgefragte Studiengänge zu entlasten, braucht es eine staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen, sowie eine echte Orientierungsphase in der Studierende die Möglichkeit haben, unterschiedliche Studienrichtungen kennen zu lernen.		










11. Soll die Zuverdienstgrenze bei Stipendien (derzeit 10.000,- Euro pro Jahr) erhöht werden?

AG	Ja	
Die Erhöhung von 8.000,- auf 10.000,- war schon ein wichtiger Schritt, um Studierende über der Armutsgrenze zu halten. Doch Studierende sollten noch mehr Freiheit in der Gestaltung ihrer Studien- und Arbeitszeit bekommen.		
GRAS	Ja	
Stipendien sind oftmals nicht ausreichend, weswegen Studierende zusätzlich noch arbeiten gehen müssen. Die knappen Zuverdienstgrenzen werden allzu leicht überschritten, wodurch der Anspruch auf ein Stipendium verloren geht.		
FLÖ	Ja	
Das Stipendiensystem muss dringend reformiert werden, um den tatsächlichen Bedürfnissen der Studierenden Sorge zu tragen. Die Konsequenzen bei Erreichen der Zuverdienstgrenze sind zu stark.		
VSStÖ	Ja	
84% der Studierenden arbeiten neben dem Studium. Die Zuverdienstgrenze entspricht in der Höhe nicht der Lebensrealität und gilt für alle gleich, unabhängig von der Stipendienhöhe. Um Studieren und Arbeiten zu ermöglichen, fordern wir den Status Teilzeitstudium: wahl.vsstoe.at/teilzeitstudium		
JUNOS	Ja	
Starre Zuverdienstgrenzen bedeuten für Studierende oft komplizierte Planungen, um keinen finanziellen Nachteil zu erleiden. Wir fordern ein flexibles, vielfältiges Stipendiensystem, das auf die Lebensrealität der Studierenden Rücksicht nimmt.		
RFS	Ja	
Stipendiaten haben ein universitäres Soll zu erzielen. Wenn sie es nebenbei noch schaffen, etwas dazuzuverdienen, sollte das nicht durch Rückzahlungen eines Überschusses bestraft werden.		
KSV	Ja	
Das große Problem stellt allerdings meist die Einkommensgrenze der Eltern sowie die fehlende Erhöhung und Ausweitung der Studienbeihilfe dar!		
KSV - Linke Liste	Ja	
Solange es kein allgemeines und ausreichendes Studierendengehalt gibt, stellen solche Zuverdienstgrenzen eine Schikane für Studierende dar, die für ihren Lebensunterhalt zumeist Lohnarbeiten müssen.		
FEST	Ja	
Die FEST fordert die periodische Inflationsanpassung der Einkommensgrenze. Ebenso wichtig ist eine Reform des Beihilfensystems, damit mehr Studierende länger Beihilfen beziehen können.		

12. Soll bei Stipendienbezug die Anzahl der Toleranzsemester auf zwei erhöht werden?

AG	Ja	
Die AktionsGemeinschaft fordert eine Harmonisierung der Toleranzsemesterregelungen. Wie auch bei der Familienbeihilfe soll auch die Studienbeihilfe für zwei Semester länger als die Mindeststudienzeit bezogen werden können.		
GRAS	Ja	
Abschlüsse können sich trotz Stipendien aus verschiedensten Gründen verzögern. Für Studierende, die auf Beihilfen angewiesen sind, wäre ein weiteres Toleranzsemester daher wünschenswert.		
FLÖ	Ja	
Die reale Studienzeit ist in den meisten Studien höher als die Regelstudienzeit plus ein Toleranzsemester, eine Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse daher unbedingt notwendig. Die Vereinbarkeit mit Familie und Beruf muss gewährleistet werden.		
VSStÖ	Ja	
Es entspricht nicht der Studi-Realität, innerhalb von 7 Semestern ein Bachelorstudium abzuschließen. Die Beihilfen müssen an unsere Realität angepasst werden, Toleranzsemester erhöht und Altersgrenzen erweitert werden: wahl.vsstoe.at/beihilfen		
JUNOS	Ja	
Angesichts der durchschnittlichen Studiendauer fänden wir eine Erhöhung der Toleranzsemester fair. Vor allem, da mangelnde Kapazitäten an den Hochschulen oft am Studienfortschritt hindern.		
RFS	Nein	
Das Stipendium soll eine Höhe betragen, die erlaubt, sich auf das Studium zu konzentrieren, und demnach keine Erhöhung der Toleranzsemester rechtfertigt.		
KSV	Ja	
Unbedingt. Durch die ständig stärker werdende Verschulung und dem steigenden finanziellen Druck ist ein zufriedenstellender Studienfortschritt längst nicht mehr garantiert. Der vorzeitige Verlust des Stipendiums kann dabei zu einem ernsten finanziellen Problem führen.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Es ist zumeist unmöglich, ein Studium in Regelstudienzeit zu absolvieren. Eine willkürliche Anzahl von Toleranzsemestern ist eine zusätzliche Belastung für Studierende, von denen ohnehin viel zu wenige in den Genuss von Stipendien kommen.		
FEST	Ja	
An allen Hochschulen werden viele Lehrveranstaltungen nur einmal im Jahr angeboten, daher ist es notwendig, die Toleranzsemester zu erhöhen. Aufgrund von unflexiblen Studienpläne (va an FHs und PHs) werden Studierende strukturell benachteiligt, dadurch verlieren sie oft ein gesamtes Studienjahr.		










13. Soll sich die ÖH für eine stundenweise Betreuung für Kinder von Studierenden während den Prüfungen und Lehrveranstaltungen einsetzen?

AG	Ja	
Studierende haben es so schon oftmals nicht leicht im Studium, mit Kindern erhöht sich der Geld- und Koordinierungsaufwand noch zusätzlich. Der Ausbau von leistbaren Kinderbetreuungsplätzen muss daher vorangetrieben werden.		
GRAS	Ja	
Ein Studium mit Kind und Job zu vereinbaren, stellt eine Mehrfachbelastung dar. Um ein gleichberechtigtes und chancengleiches Studium zu ermöglichen, müssen ausreichend Kinderbetreuungsplätze angeboten werden.		
FLÖ	Ja	
Die Vereinbarkeit von Kind, Familie und Studium ist uns seit jeher ein zentrales Anliegen. An der Uni Graz, der TU Graz und der Uni Klagenfurt, an denen die FLÖ die ÖH-Exekutive stellt, wurde flexible, stundenweise Kinderbetreuung schon umgesetzt.		
VStStÖ	Ja	
Der VStStÖ setzt sich für ein umfassendes Kinderbetreuungsangebot an allen Hochschulen ein. Um Studierende mit Kind(ern) unterstützen zu können, haben wir auf der ÖH das Projekt Kinderbetreuung umgesetzt, das eine flexible Kinderbetreuung mit fairer Bezahlung gewährleisten soll.		
JUNOS	Ja	
Ein Mangel an Kinderbetreuungsangeboten erschwert Studierenden den Zugang zu Hochschulen oder macht ihn gänzlich unmöglich. Wir sehen die ÖH hier klar in der Pflicht, den Bedürfnissen ihrer Mitglieder Gehör zu verschaffen.		
RFS	Ja	
Studentinnen mit Kind brauchen die Unterstützung der ÖH dringend. Von der ÖH-Exekutive wurden sie bisher leider kaum unterstützt. Das gehört geändert. Sofort!		
KSV	Ja	
Ja, allerdings braucht es eine generelle kostenfreie Kinderbetreuung.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Studieren muss auch Menschen mit Betreuungspflichten möglich sein, die sich keine private Kinderbetreuung leisten können. Auch jenseits der ÖH fordern wir die allgemeine Einrichtung kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen!		
FEST	Ja	
Die FEST möchte Studierende mit Kindern unterstützen und spricht sich für eine generelle Kinderbetreuungsangebot an allen Hochschulstandorten während der LV-Zeiten aus. Je kürzer die Wege, desto geringer die "Belastung".		

14. Soll sich die ÖH für mehr feministische Projekte in Forschung und Lehre an den Hochschulen einsetzen?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
Es gibt bereits eine ausreichend hohe Anzahl an feministischen Projekten an den Hochschulen. Projekte sollen anhand ihrer Qualität und ihrem Nutzen bemessen werden und kein Geschlecht bevorzugen.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Mit steigender Hierarchie sinkt der Anteil von Frauen im Hochschulbereich. Feministische Projekte und Lehrveranstaltungen stellen einen wichtigen Teil der Frauenförderung sowohl auf hochschulpolitischer als auch gesellschaftspolitischer Ebene dar.		
FLÖ	Ja	■
Die FLÖ erkennt das Problem der Unterrepräsentation von Frauen* nicht nur als Lehrende und Forschende an, sondern auch die Unterrepräsentation weiblicher Perspektiven in Forschung und Lehre und setzt sich daher für eine aktive Frauenförderung sowie Berücksichtigung von Genderaspekten ein.		
VStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Frauen werden in Wissenschaft & Gesellschaft diskriminiert. Sei es die Lohnschere, die gläserne Decke oder die Rolle, die Frauen immer noch zugewiesen bekommen – von der ganzen Gleichberechtigung sind wir weit entfernt. Deshalb ist es wichtig, feministische Forschung zu fördern und voranzutreiben.		
JUNOS	Nein	■
Gleichberechtigung ist ein liberales Grundprinzip. Feministische Forschung verdient ihren Platz an den Hochschulen. Wir betrachten eine reflexhafte Forderung ohne Berücksichtigung der Eigenheiten einzelner Studienrichtungen jedoch als nicht sinnvoll.		
RFS	Nein	■
--		
KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Die Unterdrückung der Frau ist nach wie vor ein Fakt. Gerade auch was den wissenschaftlichen Bereich anbelangt, besteht sehr viel Handlungsbedarf. Feministische Projekte werden das Problem zwar nicht lösen, aber einen wichtigen Beitrag leisten.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Die systematische gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen muss in der Forschung behandelt und in der Lehre müssen diese Mechanismen offengelegt werden. Eine solidarische Parteinahme ist insbesondere im patriarchal geprägten Wissenschaftsbereich notwendig.		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
Feminismus kommt in der Lehre, Wissenschaft und Forschung nach wie vor zu kurz. Gerade in unserer männerdominierten Gesellschaft müssen feministische Betrachtungsweisen und Projekte gezielt gefördert werden.		

15. Sollen für Studierende aus Drittstaaten die Studiengebühren (derzeit ca. 700,- Euro an Universitäten) erhöht werden?

AG	Nein	
Es ist nicht rationell begründbar, warum Drittstaatsangehörige doppelte Studiengebühren entrichten müssen. Es müssen aber Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche es den Studierenden mit Drittstaatsangehörigkeit ermöglichen, nach ihrem Studium in Österreich zu bleiben und hier Fuß zu fassen.		
GRAS	Nein	
Studierende aus Drittstaaten zahlen bereits doppelte Studiengebühren und werden in ihren Rechten am Arbeitsmarkt eingeschränkt. Die österreichische Gesetzgebung ist in dieser Hinsicht als klar rassistisch einzustufen. Bildung ist jedoch ein Grundrecht, das nicht vor Ländergrenzen halt machen darf.		
FLÖ	Nein	
Schon seit ihrer Einführung fordern wir die Abschaffung der Studiengebühren. Österreich profitiert von gebildeten Arbeitskräften. Die derzeitigen Regelungen benachteiligen ärmere Studierende aus Drittstaaten, die durch unzählige Auflagen bereits jetzt sehr belastet sind.		
VSStÖ	Nein	
Studiengebühren für Drittstaatsangehörige treffen ausgerechnet jene, die kaum arbeiten dürfen und auch nicht den familiären Hintergrund haben, der eine finanzielle Absicherung ermöglicht. Sie sind für die Betroffenen oft existenzbedrohend und müssen vollkommen abgeschafft werden.		
JUNOS	Nein	
Wir kritisieren die aktuellen Benachteiligungen Drittstaatsangehöriger und sprechen uns klar gegen eine weitere Verschlechterung aus.		
RFS	Ja	
Ja, falls das Herkunftslandprinzip keine Anwendung finden sollte.		
KSV	Nein	
Studierende aus Drittstaaten sind zu einem Großteil bereits ohne Studiengebühren sozial benachteiligt. Sie gehören gänzlich abgeschafft und nicht noch weiter erhöht.		
KSV - Linke Liste	Nein	
Die gegenwärtigen doppelten Studiengebühren stellen eine rassistische Diskriminierung dar. Generell fordern wir die ausnahmslose Abschaffung aller Studiengebühren.		
FEST	Nein	
Die FEST spricht sich gegen jegliche Studiengebühren im Allgemeinen aus. Es ist diskriminierend, dass eine einzelne Gruppe mehr zahlen soll als Andere. Weiters müssen Studierende aus Drittstaaten an Fachhochschulen teilweise kostendeckende Studiengebühren im fünfstelligen Bereich zahlen.		

16. Soll an Fachhochschulen für Beschwerden der Studierenden eine unabhängige Kontrollinstanz eingerichtet werden?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
Um die FH Studierenden den anderen Studierenden gleichzusetzen, sollte der Instanzenzug den Universitätsstandards angeglichen werden. Um einen gangbaren Weg zur Durchsetzung der Studierendenrechte zu ermöglichen, muss eine letztinstanzliche Entscheidung durch den Verwaltungsgerichtshof erfolgen.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Bisher haben FH-Studierende keine Möglichkeit, ihre Rechte einzufordern. FH-Studierende müssen genauso die Möglichkeit haben, sich gegen Verletzungen ihrer Rechte zu wehren, ohne dabei negative Konsequenzen befürchten zu müssen.		
FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
FH-Studierende haben in Rechtsstreitigkeiten derzeit nur die Möglichkeit einer teuren und riskanten Privatklage, falls ihr Einspruch vom FH-Kollegium abgelehnt wurde. Eine unabhängige Instanz wäre ein Schritt zu mehr Studierendenrechten.		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■
Die derzeitige Regelung über die Zusammenstellung der Kommissionen an FHs gewährleistet keine unabhängige Bewertung von Beschwerden. Eine unabhängige Kontrollinstanz für Studierende an FHs ist daher dringend notwendig, um Studierenden die Möglichkeit zu geben ihre Rechte durchsetzen zu können.		
JUNOS	Ja	■ ■ ■ ■
Da Studierende an Fachhochschulen ihre Rechte gegenüber der Studiengangsleitung nur schwer durchsetzen können, soll eine unabhängige Kontrollinstanz geschaffen werden.		
RFS	Ja	■ ■ ■
--		
KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Eine solche unabhängige Kontrollinstanz bedarf allerdings unbedingt einer demokratischen Legitimierung.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Gerade an FHs ist die enge Verbandelung zwischen Eigentümer_innen und Entscheidungsstrukturen problematisch. Die Rechte der Studierenden werden oft ignoriert. Daher braucht es neben unabhängigen Kontrollinstanzen auch mehr Mitbestimmungsrechte für die Studierenden. Alle Macht der Basis!		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
Die Überführung des FH-Studienrechts in die hoheitliche Verwaltung bleibt das primäre Ziel. Jede andere Kontrollinstanz kann maximal eine Zwischenlösung sein. Die FEST fordert Gleichberechtigung - diese schafft nur ein gleicher Rechtsrahmen und Instanzenzug!		

17. Soll die Pflichtmitgliedschaft der Studierenden bei der ÖH abgeschafft werden?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
Studierende haben in der Regel alleine wenig Geld, wenig Einfluss und oft auch wenig Zeit neben dem Studium. Nur eine gesetzliche Interessenvertretung ist unter diesen Voraussetzungen in der Lage, gute Vertretungsarbeit zu leisten und der Politik auf Augenhöhe entgegenzutreten.		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Nur eine gemeinsame Vertretung aller Studierenden stellt sicher, dass die ÖH deren Interessen mit lauter Stimme gut vertreten kann. Die Beiträge der Studierenden garantieren dabei die finanzielle Unabhängigkeit der ÖH.		
FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die Pflichtmitgliedschaft garantiert die Unabhängigkeit der ÖH. Wäre diese nicht gegeben, würden sich verschiedene Verbände gründen, und die Politik könnte sich dann die jeweils genehme Meinung aussuchen.		
VSStÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die Pflichtmitgliedschaft ermöglicht eine finanzielle Unabhängigkeit der ÖH von Regierung und Rektorat und ist daher für die Arbeit als Interessenvertretung aller Studierenden unerlässlich. Das zeigt auch der internationale Vergleich. Nur eine unabhängige ÖH kann eine starke ÖH sein.		
JUNOS	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende sollen unseres Erachtens nach dem ersten Semester die Möglichkeit bekommen aus der ÖH auszutreten, sofern sie mit dieser nicht zufrieden sind. Gute Vertretung muss nicht auf Zwang basieren.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
Unbedingt! Nur eine ÖH, die sich zu bemühen hat, leistet gute Arbeit. Es widerspricht unserer freiheitlichen Grundauffassung, irgendwo aus Zwang Mitglied sein zu müssen.		
KSV	Nein	■ ■ ■ ■
Die ÖH ist die Vertretung aller Studierenden. Dass sich viele Studierende nicht mehr in der Politik der ÖH wiederfinden, sollte Anlass sein, sie gemeinsam zu verbessern! Die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft ist nichts anderes als eine Schwächung der studentischen Interessenvertretung.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Die Pflichtmitgliedschaft ist für eine funktionierende und schlagkräftige Interessensvertretung unumgänglich. Die Studierenden brauchen eine starke, handlungsfähige Organisation, die der hierarchischen Universitätsleitung und den Wirtschaftsinteressen Widerstand entgegensetzen kann.		
FEST	Nein	■
Die Abschaffung entmacht die Studierenden in ihrer Mitbestimmung. Durch die in Europa einmalige gesetzliche Verankerung werden die Interessen der Studierenden überhaupt erst durchgesetzt. Eine starke Vertretung muss von Staat und Wirtschaft unabhängig sein, um systemkritisch Stellung zu beziehen.		










18. Soll sich die ÖH für von Studierenden selbstverwalteten Raum an Hochschulen einsetzen?

AG	Ja	■
Die AktionsGemeinschaft setzt sich für mehr Lern- und Aufenthaltsräume an den Hochschulen ein. Diese müssen den Studierenden ohne zeitliche Einschränkungen zur Verfügung stehen.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende brauchen Freiräume an den Hochschulen. Selbstverwaltete Räumlichkeiten ohne Konsumzwang bieten die Möglichkeit zu arbeiten, sich zu vernetzen und Pausen zu überbrücken.		
FLÖ	Ja	■ ■
Die Universität ist nicht nur Lern-, sondern auch Lebensraum. Dieser muss auch abseits von Hörsälen Platz für Begegnungen und Raum zum Denken bieten.		
VStStö	Ja	■ ■
An vielen Hochschulen gibt es kaum Räume, um ungestört lernen oder sich z.B. auf ein Referat vorbereiten zu können. Dafür sind Lernzonen mit entsprechender Infrastruktur (z.B. Computer) an Hochschulen eine gute Möglichkeit Raum für Studierende zu schaffen.		
JUNOS	Ja	■
Studierende sind zentrale Mitglieder der Hochschulen und verdienen daher auch Räumlichkeiten, in denen sie sich unabhängig von Stundenplänen aufhalten und sich austauschen können. Das schließt gewisse Auflagen durch die Gebäudeverwaltung jedoch nicht aus.		
RFS	Nein	■
--		
KSV	Ja	■ ■ ■ ■
Zur Organisation von StudierendenInitiativen, zur Sammlung von Protest, zur gemeinsamen Vorbereitung und wegen vielen weiteren Punkten ist ein selbstverwalteter Raum notwendig. Ein breiter und offener Zugang aller Studierenden dazu ist zu gewährleisten.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Selbstverwaltete Räume sind eine Notwendigkeit, um solidarisches Leben, Lernen und Protest verwirklichen zu können. Räume dafür wären auf den Unis, FHs und PHs genügend vorhanden – gegen die Kommerzialisierung des Campus!		
FEST	Ja	■ ■
Studierende sollen die Möglichkeit haben, sich an der Hochschule selbst einen freien Raum zu schaffen, als zusätzlicher Lernraum, als Raum für soziale Interaktion, für eigene Projekte, ohne Konsumzwang.		










19. Sollen Studiengebühren für Alle ab Beginn des Studiums eingeführt werden?

AG	Nein	■ ■ ■
Studienbeiträge lösen weder die strukturellen noch finanziellen Probleme der österreichischen Hochschulen. Über Studienbeiträge kann daher erst gesprochen werden, wenn sich die Studienbedingungen verbessert haben. Man kann erst über eine Vignette reden, wenn es die Autobahn schon gibt!		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Studiengebühren sind sozial ausgrenzend und führen zu Elitenbildung. Dabei lösen sie keineswegs die finanziellen Probleme der Hochschulen. Bildung muss für alle zugänglich sein und daher von öffentlicher Hand ausfinanziert werden.		
FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Seit Einführung der Studiengebühren fordern wir deren komplette Abschaffung. Bildung ist ein Allgemeingut. AbsolventInnen tragen nach dem Abschluss eine hohe Steuerlast. Das derzeitige Flickwerk benachteiligt ärmere Studierende, ist zu komplex und undurchdacht.		
VStStÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Hauptbetroffene von Studiengebühren sind finanziell schlechter gestellte Studierende. Das ohnehin löchrige Beihilfensystem kann diese finanzielle Belastung nicht ausgleichen. Viel Studierende wurden aus finanziellen Gründen von den Hochschulen verdrängt. Studieren muss jedoch für alle leistbar sein.		
JUNOS	Ja	■ ■ ■ ■
Wir fordern nachgelagerte Studiengebühren in Höhe von maximal 500€ pro Semester. Die Gebühren sollen erst im Berufsleben gezahlt werden und direkt den Hochschulen zugutekommen.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
ABER: das Stipendiensystem muss entsprechend ausgeweitet werden. Studiengebühren müssen zweckgebunden sein und dürfen nur für universitäre Zwecke eingesetzt werden. Das Problem mit nicht-prüfungsaktiven Studenten, die dem universitären System auf der Tasche liegen, würde man so lösen.		
KSV	Nein	■ ■ ■ ■
Wo praktisch über Nacht Milliarden für Banken bereitstehen, gibt es keine Notwendigkeit, über die Einführung von Studiengebühren zu diskutieren. Sie sind ihrer Natur nach sozial Selektiv, Studierende mit niedrigem Einkommen werden verhältnismäßig stärker belastet als andere und sind daher abzulehnen.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Die Einführung der Studiengebühren war für die Studierenden eine Katastrophe. Über 40.000 haben deshalb 2002 das Studium abgebrochen. Wir fordern die Abschaffung aller Studiengebühren – auch für Nicht-EWR-Staatsangehörige und für vermeintliche Langzeitstudierende.		
FEST	Nein	■ ■ ■ ■
Studiengebühren müssen für Studierende aller Hochschulen abgeschafft werden. Sie fördern soziale Selektion und verunmöglichen vielen Menschen den Zugang zu höherer Bildung. Die aktuelle Regelung mit 2- bis x-fachen Studiengebühren für Drittstaatsangehörige verurteilen wir als Diskriminierung.		

20. Soll sich die ÖH für vermögensbezogene Steuern zur Finanzierung der Hochschulen aussprechen?

AG	Nein	
Die Regierung hat dafür zu sorgen, dass die Hochschulen ausreichend Mittel erhalten, um qualitätsvolle Lehre anbieten zu können. Wie die Regierung zu diesen Einnahmen kommt, ist Sache der Regierung. Die ÖH soll die Interessen der Studierenden vertreten und nicht linke Ideologien verbreiten.		
GRAS	Ja	
Vermögensbezogene Steuern stellen eine Möglichkeit dar, die Finanzierung der Hochschulen zu sichern und Reichtum umzuverteilen.		
FLÖ	Nein	
Wissenschaft, Forschung und Bildung sind Allgemeingut. Eine Zweckbindung der Hochschulfinanzierung an eine Form der Steuer ist zu kurzfristig gedacht, ein Automatismus könnte entstehen, der bei sinkenden Einnahmen aus dieser Steuer auch sinkende Mittel für die Hochschulen bedeutet.		
VStStÖ	Ja	
In Österreich wird Vermögen kaum besteuert. Dabei ist es nur gerecht, wenn die Reichsten auch einen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Eine solche Steuer könnte dann der Ausfinanzierung der Hochschulen dienen. Auch innerhalb der SPÖ werden wir gegen ein weiteres Umfallen kämpfen.		
JUNOS	Nein	
Wir wollen die Finanzierung der Hochschulen nicht von Steuern, die keinerlei Hochschulbezug aufweisen, abhängig machen. Bei Geld, das in den allgemeinen Steuertopf fließt, kann es keine Garantie geben, wofür es ausgabenseitig aufgewandt wird.		
RFS	Nein	
Die Finanzierung ist über ein entsprechendes Studiengebührensysteem und Herkunftslandprinzip zu gewährleisten.		
KSV	Ja	
Die Krise der letzten Jahre wurde wieder einmal genutzt, um Kapital von unten nach oben zu verschieben. Vermögenssteuern sind eine Möglichkeit, diesem Trend entgegenzuwirken und eine willkommene Chance, die Universitäten endlich auszufinanzieren.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Die gewaltige Ungleichverteilung der Vermögen gehört aufgebrochen! Damit ließen sich nicht nur tolle Hochschulen oder ein gutes Gesundheitssystem finanzieren, sondern ein etwas schöneres Leben für Alle. Das wirklich schöne Leben, abseits vom Leistungsterror, gibt's jedoch erst im Kommunismus.		
FEST	Ja	
Die öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen muss sichergestellt werden. Eine gerechte Vermögensverteilung und eine hohe Bildungsmobilität sind Voraussetzung für die Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft. Die FEST fordert daher vermögensbezogene Steuern und eine Bildungsoffensive.		










21. Soll die ÖH zu gesellschaftspolitischen Themen (z.B. Flüchtlinge, Rechtsextremismus) öffentlich Stellung nehmen?

AG	Nein	
Die AG fordert im Gegenteil die gesetzliche Klarstellung, dass die ÖH über kein allgemeinpolitisches Mandat verfügt. Als studentische Interessenvertretung muss sich die ÖH um hochschulpolitische Themen kümmern.		
GRAS	Ja	
Bildungspolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik, denn Hochschulen sind keine abgekoppelten Mikrokosmen. Wollen wir die Bildungspolitik verändern, müssen wir also gesamtgesellschaftlich handeln.		
FLÖ	Ja	
Der Auftrag der ÖH ist primär die Vertretung der Studierenden. Allerdings dürfen gesellschaftspolitische Themen nicht gänzlich ausgeblendet werden, vor allem wenn Studierende betroffen sind.		
VSStÖ	Ja	
Wir sehen Hochschulen nicht als abgekapselten Bereich, sondern als Teil der Gesellschaft. Daher setzt sich der VSStÖ in der ÖH auch für gesellschaftspolitische Anliegen, wie die Bekämpfung jeglicher Diskriminierung an Hochschulen und barrierefreies Studieren, ein.		
JUNOS	Nein	
Es ist legitim und notwendig, dass die ÖH in gesellschaftspolitischen Diskussionen die spezifischen Wünsche und Probleme der Studierenden einbringt. Die ÖH soll sich dabei jedoch immer auf ihre Aufgabe als Interessenvertretung besinnen und sich nicht als politischer Akteur in allen Bereichen sehen.		
RFS	Nein	
Dies ist definitiv NICHT Aufgabe der ÖH. Ihr Augenmerk sollte auf der Servicepolitik liegen.		
KSV	Ja	
Die ÖH ist dazu da, die Interessen der Studierenden zu vertreten. Diese beschränken sich aber nicht nur auf die Hochschulen! Auch bei bspw. gesellschaftspolitischen Themen muss die ÖH im objektiven Interesse ihrer Mitglieder Stellung beziehen und gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Gesellschaftliche Zumutungen machen nicht an den Toren der Unis halt. Die ÖH muss weiterhin als Gegenpol zum rassistischen und reaktionären Mainstream wirken, der vielen Menschen das Leben zur Hölle macht. Wir treten für die exzessive Überschreitung des allgemeinpolitischen Mandats ein.		
FEST	Ja	
Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Deshalb sind wir überzeugt, dass die ÖH den durch das HochschülerInnenschaftsgesetz erteilten gesellschaftspolitischen Auftrag auch aktiv ausüben und Bewusstsein schaffen soll.		

22. Sollen Institute und Forschungsgruppen vermehrt durch Sponsoring aus der Privatwirtschaft finanziert werden?

AG	Ja	■ ■ ■
Der internationale Vergleich zeigt, dass durch Einbindung der Wirtschaft die Hochschulen massiv profitieren, gerade im technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Bereich. An der staatlichen Grundfinanzierung und der Wissenschaftsfreiheit darf selbstverständlich nicht gerüttelt werden!		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Privatwirtschaftliche Finanzierung untergräbt die Unabhängigkeit der Forschung, da wirtschaftliche Interessen mitspielen. Grundlagenforschung und Bildung gehen Hand in Hand und deswegen muss beides öffentlich finanziert werden.		
FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Forschung und Wissenschaft sind ein öffentliches Gut, das vom Staat finanziert werden muss. Nur staatliche Finanzierung garantiert freie und unabhängige Forschung.		
VSStÖ	Nein	■ ■ ■
Der Einfluss der Privatwirtschaft auf die Forschung gefährdet die Freiheit der Wissenschaft. Forschung und Lehre müssen frei von finanziellen Abhängigkeiten sein, sonst ergibt sich die Gefahr, dass nur mehr im Auftrag von Firmen geforscht wird und Grundlagenforschung nicht mehr finanziert wird.		
JUNOS	Ja	■ ■ ■
Die Hochschulen benötigen eine ausreichende Grundfinanzierung, um unabhängig zu sein. Darüber hinaus dürfen Kooperationen jedoch keinesfalls tabu sein.		
RFS	Ja	■ ■ ■
Es spricht unserer Ansicht nach nichts gegen privatwirtschaftliches Sponsoring, soweit wissenschaftliche Unabhängigkeit gewahrt bleibt.		
KSV	Nein	■ ■ ■ ■
Keinesfalls! Forschung darf nicht privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden, sondern soll sich an öffentlichen Bedürfnissen orientieren. Was der Allgemeinheit zu Gute kommt, soll Priorität haben, nicht was den meisten Gewinn verspricht.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Gegen Kommerzialisierung und Vermarktlichung der Unis, gegen Einfluss der Privatwirtschaft auf Forschung, Lehrinhalte und Lehrstühle. Wissenschaft und Lehre müssen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden – unter den gegebenen Verhältnissen ist so eher kritische Arbeit möglich.		
FEST	Nein	■ ■ ■
Private Finanzierung schränkt unabhängige Forschung und Lehre ein. Sie verstärkt die Abhängigkeit der Hochschulen und führt zu weniger öffentlichen Mitteln. Drittmittelfinanzierung, welche die Unabhängigkeit der Hochschulen gewährleistet, stehen wir jedoch nicht entgegen.		

23. Soll sich die ÖH gegen vermehrten Einfluss der Wirtschaft im Universitätsrat einsetzen?

AG	Nein	
Die AG fordert eine höhere Drittmittelfinanzierung der Hochschulen. Die Freiheit der Lehre, Wissenschaft und Forschung muss dabei als oberstes Gut unangetastet bleiben.		
GRAS	Ja	
Der Unirat fungiert als Aufsichtsgremium der Universitäten. Wenn hier wirtschaftliche Interessen mitmischen, ist die Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet.		
FLÖ	Ja	
Die strategischen Entscheidungen einer Universität dürfen sich nicht an den Interessen der Privatwirtschaft orientieren.		
VSStÖ	Ja	
Der Unirat ist grundsätzlich zu hinterfragen, da er keine demokratische Legitimation besitzt und weder Studierende noch Lehrende vertreten sind. Die Kompetenzen des Unirates sollen dem Senat, dem einzigen demokratischen Gremium, überschrieben werden. Nur so ist Demokratie an der Uni gewährleistet.		
JUNOS	Nein	
Wir finden es sinnvoll, dass im Unirat auch die Perspektive der Wirtschaft eingebracht wird. Wir lehnen allerdings die Art der Bestellung der Mitglieder über das Ministerium und die intransparente Entgeltung ab.		
RFS	Nein	
--		
KSV	Ja	
Ja aber vor allem soll sich die ÖH für dessen Abschaffung einsetzen. Es ist ein undemokratisches Gremium bestehend aus universitätsfremden Personen, welches vorwiegend wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellt.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Der Unirat an sich wurde eingeführt, um Kapitalinteressen an den Universitäten zu verankern. Daher fordern wir die ersatzlose Abschaffung des Unirats und eine (Re-demokratisierung der Universitäten).		
FEST	Ja	
Die FEST fordert stärkere Mitbestimmungsrechte für Studierende und Mittelbau. Interne Gremien wie der Senat sollen gestärkt und die Unabhängigkeit gegenüber Wirtschaftsinteressen garantiert werden. Der Unirat sollte eingeschränkt werden und eine Rückkoppelung zur Gesellschaft gewährleisten.		

24. Soll sich die ÖH für eine generelle Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln für Studierende einsetzen?

AG	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Wir setzen uns für ein österreichweites Studententicket ein. Dieses soll jedem Studierenden den Weg zur Hochschule kostengünstig ermöglichen. Preisunterschiede auf Grund des Hauptwohnsitzes würden somit auch der Vergangenheit angehören.		
GRAS	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
In der Vergangenheit gab es bereits die Studi-Freifahrt - heute stellen Öffi-Tickets einen der größten Kostenpunkte für Studierende dar. Die GRAS will ökologisch-nachhaltige Mobilität für alle gewährleisten und setzt sich daher für gratis Öffis ein.		
FLÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Der Weg zur Hochschule ist ein großer Kostenfaktor für viele Studierende, günstige öffentliche Verkehrsmittel sind essentiell.		
VSStÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Wir als VSStÖ setzen uns für ein österreichweites Topjugendticket für Lehrlinge, Schüler_innen und Studierende ein. Gerade für junge Menschen sind öffentliche Verkehrsmittel die erste Wahl um mobil zu sein. Vor allem für sozial Schwächere ist dies jedoch schwer zu stemmen.		
JUNOS	Nein	<input type="checkbox"/>
Wir lehnen das Gießkannenprinzip auch hier ab. Nicht jede/r Studierende ist arm, eine generelle Subventionierung wäre daher ungerecht. Eine gezielte Förderung von finanziell bedürftigen Studierenden unterstützen wir jedoch absolut.		
RFS	Nein	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		
KSV	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Trotz Studierendenermäßigungen stellt die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nach wie vor eine finanzielle Belastung dar. Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln sollte nicht nur für Studierende, sondern für alle Menschen kostenfrei sein.		
KSV - Linke Liste	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Zugang zu Mobilität muss jeder und jedem offen stehen! Immer höhere Fahrpreise und teils existenzbedrohende Strafen schließen immer mehr Menschen von diesem Grundbedürfnis aus. In diesem Sinne: Freifahrt für alle!		
FEST	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die FEST fordert Freifahrt für alle Menschen und den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Allen soll es möglich sein, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, unabhängig von Einkommen und beruflicher Tätigkeit.		

25. Soll sich die ÖH für die Anliegen von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Studierenden einsetzen?

AG	Nein	<input type="checkbox"/>
Die AG ist der Meinung, dass sich die ÖH für alle Studierenden einsetzen soll, unabhängig des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Weltanschauung.		
GRAS	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die Anliegen dieser Studierenden finden leider kaum Gehör, zudem erfahren sie stetig Diskriminierungen. Die GRAS setzt sich für eine inklusive, solidarische Gesellschaft ein.		
FLÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Alle Menschen sollten, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, gleichwertig behandelt werden, und dies ist noch nicht an allen Hochschulen erreicht.		
VSStÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Dem VSStÖ ist es wichtig, dass die ÖH eine Anlaufstelle für die Anliegen aller Studierenden ist und diese unterstützt. In der ÖH hat der VSStÖ daher u.a. einen Fördertopf für feministische und queere Forschung eingerichtet.		
JUNOS	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>
Hochschulen hatten schon immer eine gesellschaftliche Vorreiterrolle und sollten diese auch in Zukunft inne behalten.		
RFS	Nein	<input type="checkbox"/>
Die ÖH hat sich nicht um die sexuelle Orientierung ihrer Zwangsmitglieder zu kümmern.		
KSV	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die Interessenvertretung hat auf allen Ebenen und für alle zu passieren, egal welche Hautfarbe, Religion, Herkunft oder sexuelle Orientierung einE StudentIn auch haben mag.		
KSV - Linke Liste	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Die Gleichstellung von Lebensentwürfen abseits der Zweigeschlechtlichkeit, das Aufbrechen von heteronormativen Strukturen und ein konsequentes Auftreten gegen homo- und transphobe Diskriminierung stehen für uns ganz oben. Für eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein können.		
FEST	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Diskriminierte Gruppen, egal ob wegen ihrer Geschlechteridentität oder ihrer sexuellen Orientierung, müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen unterstützt werden. Speziell der Hochschule kommt hier eine bewusstseinsbildende Funktion zu.		